

Friedensfähig statt kriegstüchtig

Hochrüstung und Ruin des Sozialstaates stoppen

Für eine soziale und ökologische Transformation im Saarland

In den Jahren seit 2020 gab es mehr bewaffnete Konflikte als in den vorangegangenen drei Jahrzehnten, mit mehr Kriegstoten und einer Zunahme der Vertreibung von Menschen. Die Konfrontation zwischen den Großmächten hat ein Ausmaß erreicht, wie wir es seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr erlebt haben – einschließlich der Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen.

Die Waffen nieder – Kriege beenden!

2026 begann mit einer weiteren Zuspitzung der internationalen Lage – mit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Venezuela und der Entführung des Präsidenten und seiner Frau. Der US-Regierung geht es um die venezolanischen Erdölvorkommen und um die Verdrängung anderer Akteure aus dem amerikanischen „Hinterhof“ Lateinamerika. Mit dem Griff nach Grönland wollen die USA ihre Vorherrschaft im Nordatlantik und in der Arktis ausbauen. Der völkerrechtswidrige Angriff der USA und Israels auf den Iran macht den Nahen Osten zum Pulverfass. Bereits in den ersten beiden Tagen des Angriffskrieges gibt es zahlreiche zivile Opfer. Die Haltung der Bundesregierung zu diesem Vorgehen gibt Anlass zur Sorge. Statt den Völkerrechtsbruch zu benennen, zeigt man Verständnis und Unterstützung. Die Folgen für Stabilität und Frieden sind heute noch nicht absehbar. Die Versuche einer Neuaufeilung der Welt erhöhen die Gefahr einer offenen Konfrontation der Weltmächte.

ver.di lehnt Kriege als Mittel der Politik grundsätzlich ab. Alle Konflikte zwischen den

Staaten müssen auf dem Wege der Verhandlung gelöst werden. Dies muss die Leitlinie deutscher Außenpolitik sein. Darin liegt die gewachsene Verantwortung Deutschlands und daran messen wir die Aktivitäten der Bundesregierung.

Das Wettrüsten mit Mittelstreckenwaffen in Europa ist enorm riskant und gefährlich. Der INF-Vertrag verbot diese Waffen aus guten Gründen. Das Ziel muss ein INF-Folgeabkommen sein und keine Schaffung eigener Erstschlagfähigkeiten. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Stationierung von atomar bestückbaren US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stoppen und keine atomaren Mittelstreckenwaffen zu kaufen oder selbst zu entwickeln.

Hochrüstung stoppen – soziale Errungenschaften verteidigen

Die Krisen unserer Zeit Krieg, Armut, soziale Spaltung und die Klimakrise treffen die Beschäftigten mit voller Wucht. Wir erleben, wie unser Land mit massiver Hochrüstung zur europäischen Führungsmacht werden soll. Die Gesellschaft soll kriegstüchtig werden und die Militarisierung ist im Alltag spürbar. Die Bundesregierung will den NATO-Beschluss bis zum Jahr 2035, 5% des BIP für militärische Zwecke aufzuwenden vorzeitig umsetzen. Das bedeutet, dass annähernd 50 Prozent des Haushaltes für Militärausgaben verwendet werden. Jeder Euro der so verwendeten Mittel fehlt für Gesundheit und Bildung, für Kinderbetreuung und Soziales. Gleichzeitig erleben wir wie mit Angriffen auf



Friedensfähig statt kriegstüchtig

Hochrüstung und Ruin des Sozialstaates stoppen

Für eine soziale und ökologische Transformation im Saarland

Rente, Sozialversicherungen und Arbeitszeit der Sozialstaat ruiniert werden soll.

Wir fordern Investitionen in Bereiche der Daseinsvorsorge wie Schulen, Kitas, Verkehrswege und Krankenhäuser, die nicht militärischen Anforderungen untergeordnet werden dürfen.

Wir wenden uns gegen Maßnahmen der Militarisierung im Alltag von Beschäftigten, insbesondere gegen die Wiedereinführung oder Ausweitung der Wehrpflicht.

Gegen militärische Einsatz- und Notfallplanungen in sozialen Einrichtungen und im Gesundheitswesen, die einen möglichen Schutz in Kriegszeiten verspiegeln und gegen Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr in Schulen, Betrieben, Verwaltungen und Hochschulen.

Für eine soziale und ökologische Transformation im Saarland

Die Transformation im Interesse der Beschäftigten droht auf Strecke zu bleiben: Im Saarland sank die industrielle Wertschöpfung seit 2014 um 20 Prozent, mehr als 15.000 Industriearbeitsplätze, davon allein 5.000 im Jahr 2025, wurden seither abgebaut. Die Automobilproduktion bei Ford in Saarlouis ist eingestellt. Bei Bosch in Homburg gehen in den nächsten Jahren ca. 1.000 Arbeitsplätze verloren. Bei Voith in St. Ingbert ist eine ganze Belegschaft in eine Beschäftigungsgesellschaft übergegangen. Weitere massive Arbeitsplatzverluste insbesondere bei den Automobilzulieferern drohen.

Wir erleben gleichzeitig das Scheitern geplanter Ansiedlungen. Nach der Batteriefabrik SV Volt, Halbleiterfabrik WolfSpeed ist auch der geplante Bau einer Batteriefabrik in unserer strukturschwachen Nachbargemeinde der Westpfalz gescheitert.

Genauso gescheitert sind die Vorhaben zweier Unternehmen Elektrolyseure zur Produktion von Wasserstoff im Saarland zu errichten. Der erfolgreiche Umbau der Stahlindustrie ist gefährdet.

Von Investitionen in gesellschaftlich notwendige Bereiche wie die Produktion von Massenverkehrsmitteln wie Busse und Bahnen ist nichts zu erkennen. Ebenso wenig sind Fortschritte bei der Aufwertung der Beschäftigten von Dienstleistungs- und Gesundheitsberufen zu verzeichnen. Der Rückstand bei Be-

zahlung und Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen wird nicht signifikant geringer.

Stattdessen beobachten wir einen massiven Ausbau der Rüstungsindustrie. So werden u.a. bei Diehl Defence 500 Millionen in den Standort Nonnweiler investiert, wo die Bodenlufrakete IRIS-T zur Lieferung in die Ukraine produziert wird. Bei KNDS in Freisen wird der neue Patria Panzer hergestellt. Abgesehen davon, dass Rüstungsgüter sich nur im Einsatz verbrauchen und das Einsatzgebiet aller Waffen der Krieg ist, abgesehen davon, dass Rüstung auch in Friedenszeiten Umwelt und Klima schadet, sind Militärausgaben keine Investitionen die später Erträge abwerfen, sondern totes Kapital.

Wir wenden uns an die saarländische Landesregierung mit der Forderung: Keine Subventionen für die Rüstungsindustrie. Stattdessen müssen alle verfügbaren Ressourcen in einen sozialen und ökologischen Umbau des Landes mobilisiert werden.

Eingreifen vor Ort

Der ver.di Ortsverband Saar-Blies wird weiter im Rahmen seiner Möglichkeiten vor Ort in die Auseinandersetzungen eingreifen.

- Wir unterstützen den Ostermarsch 2026 und werben und mobilisieren für die Beteiligung am Ostersonntag, den 04. April in Saarbrücken
- Wir beteiligen uns an der Demonstration des DGB am 1. Mai in Saarbrücken
- Wir führen am 21. Juni 2026 eine „Internationale Friedensfahrt“ zu Stätten des Gedenkens an den Widerstand gegen den Hitlerfaschismus in Frankreich durch.
- Wir beteiligen uns an den Aktivitäten des DGB zum Antikriegstag am 1. September in Völklingen
- Wir wenden uns mit einem Antrag an die Bezirkskonferenz der ver.di Region Saar-Trier mit dem Ziel ein friedenspolitisches Forum in der Region durchzuführen

Einstimmig beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Saar Blies der ver.di.

Im Ortsverein Saar-Blies sind 29771 Kolleginnen und Kollegen im Saarland.